



Uno-Blauhelme in Kinshasa

Verteidigungsminister Franz Josef Jung

AUSLANDSEINSATZ

Kongo statt Kinshasa

Die Kongo-Mission der EU droht umfangreicher und gefährlicher zu werden als angenommen. Bisher sahen die öffentlichen Vorgaben der Bundesregierung einen begrenzten Einsatz von bis zu 1500 Soldaten vor, davon 450 bis 500 aus Deutschland. Einschließlich einer „strategischen Reserve“ kalkulieren Brüsseler Militärplaner intern aber mit bis zu 3000 Mann, davon bis zu 900 von der Bundeswehr. Auch Aufgaben und Operationsgebiet weiten sich aus. Bislang hieß es, eine Präsenz in der Hauptstadt Kinshasa reiche aus, um demokratische Wahlen zu sichern. Doch

laut Uno-Sicherheitsratsmandat vom vergangenen Dienstag soll die EU-Mission die rund 17 000 Mann starke Uno-Friedenstruppe („Monuc“) überall im Land „unterstützen“ – nicht nur in der Hauptstadt. Ganz allgemein und wo immer nötig sollten die EU-Soldaten Zivilisten und „Personen in Gefahr“ schützen und in Sicherheit bringen. Der „nationale Vorbehalt“ der Deutschen ist nur noch eine Art Fußnote im derzeit unter Führung von General Karlheinz Viereck und einem französischen Kollegen entstehenden Konzept der EU-Militärs. Im Ernstfall, sagen Experten, sei die Einschränkung kaum zu halten, da die Deutschen bedrängte Kameraden im Stich lassen müssten. Den Plan sollen die EU-Minister am 15. Mai beraten. Da die Wahl im Kongo auf die zweite Julihälfte verschoben wird, dürften sich Kabinett und Bundestag frühestens Ende Mai mit dem heiklen Einsatz befassen.

STAATSFINANZEN

Bundesbank gegen höhere Mehrwertsteuer

Hart ins Gericht geht die Bundesbank mit der Steuerpolitik der Regierung. In einer Stellungnahme für den Haushaltsausschuss des Parlaments brandmarkt die Behörde vor allem die geplante Erhöhung der Mehrwertsteuer als Wachstumsbremse und Inflationstreiber. Durch die Anhebung werde das Preisniveau in Deutschland um 1 bis 1,5 Prozent steigen. Die gerade beschlossenen Tarifierhöhungen in der Metallbranche etwa werden um mindestens ein Drittel entwertet. Im Gegensatz zu Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) glaubt die Bundesbank auch nicht an Sekundäreffekte der Mehrwertsteuererhöhung: Steinbrück will mit den Zusatzeinnahmen die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung deutlich senken und so einen Impuls für mehr Beschäftigung geben. Bundesbank-Chefvolkswirt Hermann Rensperger erwartet nicht, dass so eine nennenswerte Zahl neuer Jobs geschaffen würde: „Mit der Umfinanzierung von Sozialbeiträgen durch indirekte Steuern ist für sich genommen noch keine Verringerung des Abgabeneils insgesamt verbunden“, so Rensperger. Überdies könnte die geplante Kürzung des Bundeszuschusses zur gesetzlichen Krankenversicherung schon im kommenden Jahr zu einer Beitragserhöhung führen – was eher die Schwarzarbeit fördern würde.



GEDENKEN

Besuchermagnet Holocaust-Mahnmal

Ein Jahr nach Eröffnung des Holocaust-Mahnmals am Brandenburger Tor in Berlin hat die Stiftung „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“ eine positive Besucherbilanz gezogen: Etwa dreieinhalb Millionen Menschen hätten die lange umstrittene Gedenkstätte bisher aufgesucht, schätzt die Stiftung. Das sind etwa 10 000 jeden Tag. Mehr als 500 000 Menschen lockte das Informationszentrum unterhalb des Stelenfeldes an. Zwischenfälle auf dem rund um die Uhr zugänglichen Mahnmal-Gelände wurden kaum registriert: Bislang gab es lediglich fünf Hakenkreuz-Schmierereien sowie mehrere gemalte Davidsterne.